

## Beitrag zur Debatte "Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts"

### 1. Die Wertbildungssysteme $w = c + v$ nach A. Peters, W.P. Cockshott, A. Cottrell und $y = c + v + st$ nach W. Hoss

Es scheint mir eine sehr wichtige Sache zu sein, wenn man, wie Heinz Dieterich in seinem Buch "Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts", eine Alternative zum kapitalistischen System auf Basis eines neuen Wert- und Preisbildungssystems sucht, und zwar auf Basis arbeitszeitbestimmter Preise ohne Gewinnaufschlag. Damit stellt man sich zwar eine sehr schwierige Aufgabe, aber man betritt damit auch vielversprechende neue Wege, die ganz neue Perspektiven eröffnen.

Dieterich, Peters und Cockshott/Cottrell schlagen vor das Problem mit Hilfe des Äquivalenzprinzips zu lösen<sup>1</sup>. Nach diesem Prinzip soll die **Arbeitszeit** den **Lohn** und die insgesamt im Produkt enthaltene Lohnsumme den **Preis** bestimmen. Zum Beispiel eine Stunde Arbeit erzeugt einen Wert von 20 Euro, und jeder Arbeitende soll den vollen Wert, den er produziert hat, als Lohn erhalten, d.h. im Beispiel in jedem Fall für eine Stunde Arbeit einen Lohn von 20 Euro, unabhängig von seiner Qualifikation und seinem Arbeitsfleiß. Dem Produktionsmittelverbrauch  $c$  bei der Herstellung einer Ware wird in der aktuellen Periode der neu produzierte Wert  $n$  hinzugefügt, der gleich dem verbrauchten Lohn  $v = n$  wäre, so daß der Wert des Produkts durch die Formel  $w = c + v$  bestimmt wäre (im Gegensatz zu Marxens Formel  $w = c + v + m$ ), wobei sich letztlich auch der Wert der verbrauchten Produktionsmittel  $c$  aus lauter Lohnanteilen zusammensetzen würde. Der Wert des Produkts in Geldform wäre **erstens**, gleich der Lohnsumme, die während der Herstellung in der aktuellen Periode und während der Herstellung aller gekauften und verbrauchten Zulieferprodukte verausgabt wurde, und da jede Lohneinheit in Geldform einer ganz bestimmten Arbeitszeit entsprechen würde, z.B. 20 Euro Lohn proportional einer Stunde Arbeitszeit (Arbeitsstundengeld), wäre der Wert des Produkts, **zweitens**, auch proportional der aufgewandten Arbeitszeit. Durch den Verkauf der Ware zum äquivalenten Preis würde kein Einkommen für Kapitalbesitzer, also kein Profit oder Gewinn mehr anfallen. Es würde sich eine arbeitszeitbestimmte Non-Profit-Preisbildung ergeben, und die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital wäre aufgehoben.

Aber es müßte nicht nur das Leistungslohnsystem aufgegeben werden, sondern es würde auch kein Einkommen für den Staat, für die sozialen Sicherungssysteme und für die erweiterte Reproduktion verbleiben. Zwar erkennen Cockshott/Cottrell selbst, daß ein Teil des Neuwerts für Steuern verwendet werden muß, aber damit konterkarieren sie ihr Grundprinzip, daß nämlich allein der Lohn den Wert bestimmen soll. Man könnte zwar zugunsten ihres Prinzips die Sache so deuten, daß in ihrem System das gesamte produzierte Einkommen Lohn darstellt, welches dem Arbeiter zunächst im vollem Betrag als Lohn übereignet wird, daß er aber anschließend einen Teil davon an den Staat zurückgeben muß, bzw. daß sein Gesamtlohn der Bruttolohn ist, und daß nach Abzug der Steuern der Nettolohn verbleibt.

---

<sup>1</sup>) Cockshott W.P, Cottrell A., Towards a New Socialism

In deutscher Übersetzung: Alternativen aus dem Rechner, S. 43, Köln 2006

Aber in diesem Fall hätte man die Steuern als eine Lohnform definiert, was nicht korrekt ist. Der Lohn ist zweckmäßig als das Einkommen definiert, welches der Arbeiter für seine Arbeit erhält, die Steuern erhält er aber nicht wirklich, sie sind nicht sein Einkommen für die geleistete Arbeit. Man könnte sonst (wenn das gesamte produzierte Einkommen als Lohn definiert wäre) mit der gleichen Logik sagen, daß der Gewinn eine besondere Lohnform ist, daß der Gewinn derjenige Teil des Lohns ist, welchen der Arbeiter an den Kapitalisten abgeben muß. Hier ist es augenfällig, daß der Gewinn kein Lohn ist. Das gleiche gilt aber auch für die Steuern und Abgaben, sie stellen keinen Lohn dar, sie sind kein Einkommen des Arbeiters, das er für seine Arbeitsleistung erhält, sondern Einkommen des Staates bzw. der Gesellschaft für Gemeinschaftsaufgaben.

Logisch richtig ist meines Erachtens, daß sowohl der Lohn, als auch der Gewinn, als auch die Steuern und Abgaben besondere Arten des produzierten Einkommens darstellen. Unterscheidet man konsequent zwischen diesen drei verschiedenen Einkommensarten, dann entstehen keine Widersprüche. Eine Gleichsetzung des Lohns mit dem produzierten Einkommen hingegen ist ein logischer Fehler, der in machen Betrachtungszusammenhängen zu grundfalschen Schlußfolgerungen führen kann.

Den Vorschlag von Cockhott/Cottrell finde ich dennoch hochinteressant, denn der Widerspruch läßt sich meines Erachtens leicht beseitigen. Man muß nur richtig stellen, daß der produzierte Neuwert  $n$  (das produzierte Einkommen) sich aus dem Lohn  $v$  und den Steuern und Abgaben  $st$  zusammensetzt, so daß  $n = v + st$  gilt, und daß nicht der Lohnsatz  $\hat{v} = \frac{v}{t_n}$ , also nicht der

Stundenlohn, sondern der Einkommenssatz, also das Stundeneinkommen  $\hat{n} = \frac{n}{t_n}$ , den neu

produzierten Wert bestimmt. Damit ist das "Unding" sofort verschwunden. Wenn z.B. ein Arbeiter in einer Stunde ein Einkommen von  $n=40$  Euro produziert, und wenn er einen Lohn von  $v=24$  Euro erhält, dann verbleiben vom produzierten Einkommen noch  $n - v = 16$  Euro. Im

Kapitalismus wird dieser verbleibende Teil des produzierten Einkommens in Steuern und Abgaben  $st$  und in den Gewinn  $m$  aufgeteilt, womit in diesem ökonomischen System  $n = v + st + m$  oder  $w = c + v + st + m$  gilt. In einem sozialistischen Wirtschaftssystem hingegen könnte man den Gewinn  $m$  einfach entfallen lassen, und nur einen Steuernaufschlag  $st$  erheben, der hinreicht alle öffentlichen Kosten, alle Sozialeinkommen und Einkommenseile für die erweiterte Reproduktion beständig ersetzen zu können. Es würde damit  $n = v + st$  für das produzierte Einkommen, und  $y = c + v + st$  für den Produktenwert gelten. Damit würde kein Gewinn anfallen, und trotzdem könnten alle betrieblichen und gesellschaftlichen Kosten ständig gedeckt werden. Und der produzierte Neuwert  $n$  des Betriebs A könnte damit ebenfalls eindeutig durch die Arbeitszeit bestimmt werden. Wenn z.B. zur Herstellung eines Produkts durch den Betrieb A die Arbeitszeit von  $t_n = 12$  h aufgewandt wurde, dann wäre in diesem Produkt, bei einem volkswirtschaftlich durchschnittlichen Stundeneinkommen von  $\hat{n} = 40$  Euro/h, der Neuwert  $n = \hat{n} \cdot t_n = 40 \text{ Euro/h} \cdot 12 \text{ h} = 480 \text{ Euro}$  enthalten.

Der Kehrwert des volkswirtschaftlichen Stundeneinkommens  $w_G = \frac{1}{\hat{n}} = \frac{t_n}{n}$  kann als marxistisch bestimmter Geldwert interpretiert werden. Im obigen Beispiel wäre also der Geldwert

$w_G = \frac{1}{\hat{n}} = \frac{1}{40 \text{ Euro/h}} = 0,025 \text{ h/Euro}$ . Die durch einen Betrieb A zur Herstellung des Produkts j aufgewandte Arbeitszeit  $t_{nj} = 12 \text{ h}$  würde (wie oben) den Neuwert

$$n_j = \frac{t_{nj}}{w_G} = \frac{12 \text{ h}}{0,025 \text{ h/Euro}} = 480 \text{ Euro}$$

erzeugen. Allgemein würde die durch einen beliebigen

sozialistischen Betrieb neu aufgewandte Arbeitszeit  $t_n$  den Neuwert  $n = \frac{t_n}{w_G}$  erzeugen, wobei  $w_G$  eine volkswirtschaftliche Kennziffer ist, mit welcher die Arbeitszeit in Geld umgerechnet werden kann (Kehrwert des Stundeneinkommens gleich marxistisch bestimmter Geldwert bzw. Geldsatz).

Ferner steckt in allen gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln der Neuwert der Zulieferer, und wenn alle Betriebe den eigenen Neuwert  $n = \frac{t_n}{w_G}$  auf den Preis ihres Produkts übertragen, dann wird nach einiger Zeit der gesamte Wert des Produkts durch den Neuwert und damit durch die Arbeitszeit bestimmt.

Die Summierung der arbeitszeitbestimmten Neuwertteile, die in den gekauften und verbrauchten Produktionsmitteln stecken, würde sich im Laufe der Zeit selbsttätig ergeben, wenn jeder Betrieb auf seine Produktionsmittelkosten  $c$  den eigenen Neuwert  $n = \frac{t_n}{w_G}$  aufschlagen würde, wenn also

der Preis  $y$  nach der Formel  $y = c + \frac{t_n}{w_G}$  berechnet werden würde.

Eine gesamtwirtschaftliche Summenbildung mit Computern, und auch eine gesamtwirtschaftliche Durchschnittsberechnung, wären völlig überflüssig. Der Preis des sozialistischen Produkts wäre damit allerdings nicht durch den Warenwert, also nicht durch die gesellschaftlich durchschnittlich nötige Arbeitszeit bestimmt, sondern durch den individuellen Wert, der durch die individuell aufgewandte Arbeitszeit während der Herstellung des Produkts bestimmt ist, festgelegt, so wie man das aus Marxens Vorgaben herauslesen kann.

Für eine solche arbeitszeitbestimmte Preisbildung benötigt man die Mechanismen von Angebot und Nachfrage und der Konkurrenz auf dem Warenmarkt nicht. Es muß jeweils immer nur der Arbeitszeitaufwand des eigenen Betriebes ermittelt werden, der insgesamt arbeitszeitbestimmte Preis ergibt sich im Laufe der Zeit, vielleicht innerhalb einiger weniger Jahre, im Zuge der Preisrechnungen aller Betriebe automatisch. Wenn z.B. der Betrieb A den Preis seines Produkts nach der Formel

$$y = c + \frac{t_n}{w_G}$$

berechnet hat, so daß sein eigener Wertanteil  $n = \frac{t_n}{w_G}$  arbeitszeitbestimmt ist, und

wenn vorher alle Zulieferer der Produktionsmittel ebenfalls auf diese Weise die Preise ihrer Produktionsmittel bestimmt haben, so daß im Produktionsmittelverbrauch  $c$  des Betriebs A die Neuwertanteile der Zulieferer der letzten und der vorletzten und der vorvorletzten Ebene usw. enthalten sind, dann wird letztlich, nach hinreichend vielen Perioden, der Preis des Produkts des Betriebs A durch lauter Neuwertanteile und damit durch die aufgewandte Arbeitszeit bestimmt.

Der Wert und Preis des sozialistischen Produkts weicht dann allerdings prinzipiell vom Wert der Produkte in der Warenwirtschaft ab, es ist nun mal ein großer Unterschied, ob die individuell durch

den Betrieb aufgewandte Arbeitszeit oder die gesellschaftlich bzw. weltweit durchschnittlich aufgewandte Arbeitszeit den Wert und Preis des Produkts bestimmt. Damit wird eine neue Wert- und Preisbildung vorgeschlagen, die mit dem Wertgesetz nichts mehr zu tun hat, denn das Wertgesetz besagt, daß der Wert des Produkts durch die gesellschaftlich durchschnittlich nötige Arbeitszeit bestimmt wird.

Der Neuwert  $n = \frac{t_n}{w_G}$  setzt sich in diesem System, wie gesagt, aus den Lohnkosten  $v$  und den

Steuern und Abgaben  $st$  zusammen, so daß  $n = v + st = \frac{t_n}{w_G}$  gilt. Ein Gewinnaufschlag wäre in

einem solchen postkapitalistischen System nicht nur völlig überflüssig, sondern sogar kontraproduktiv. Der Staat müßte den Steuer- und Abgabenaufschlag nur so festlegen, daß alle gesellschaftlichen Kosten gedeckt werden können. Was dabei in erster Linie zu bedenken ist, habe ich in meinem Buch "Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft" meines Erachtens einigermaßen ausführlich dargelegt.

Das Prinzip des gleichen Lohns für gleiche Arbeitszeit nach Peters und Cockshott/Cottrell, z.B. gleichen Lohn für eine Stunde Arbeit des Bergmanns oder der Verkäuferin, oder für den fleißigsten und am höchsten qualifizierten Ingenieur und für den faulsten ungelerten Hilfsarbeiter, wäre nicht nur eine unakzeptable, sondern auch eine völlig unnötige Einschränkung, wenn der Neuwert nicht durch den Lohn  $v$ , sondern durch das produzierte Einkommen  $n = v + st = \frac{t_n}{w_G}$  bestimmt werden

würde. Der Neuwert würde auch dann allein durch die Arbeitszeit bestimmt werden, wenn bei höherem Lohn die Steuern und Abgaben um den gleichen Betrag verkleinert werden würden, oder wenn bei niedrigerem Lohn die Steuern und Abgaben entsprechend vergrößert werden würden. Also ein höherer Lohn würde niedrigere Steuern und Abgaben nach sich ziehen und umgekehrt, und zwar bei gleichem Neuwert  $n = v + st$ .

In einer Diskussion in kleinem Kreis vor einigen Jahren waren die beteiligten Ökonomen lange Zeit der Ansicht, daß in der sozialistischen Wirtschaft ein Gewinnaufschlag auf die betrieblichen Kosten unbedingt notwendig ist. Heute aber sind sie davon überzeugt, daß die sozialistische Wirtschaft ganz ohne Gewinn auskommen kann, bzw. daß der Preis allein durch die Kosten der sozialistischen Unternehmen und einen administrativ festgelegten Steueraufschlag bestimmt werden kann. Dieser Steueraufschlag ist keine Form des Gewinns, also kein Einkommen von Unternehmern aus Kapitalanlagen (Produktionsmittelbesitz), sondern ein Einkommen des Staates für Gemeinschaftsaufgaben, dessen Betrag durch gesellschaftliche Vereinbarungen bzw. durch politische Entscheidungen festgelegt wird. Auch im privatkapitalistischen System sind die Steuern keine besondere Form des Gewinns, was daran klar zu erkennen ist, daß der Kapitalist (nach seinem Grundziel) den Gewinn maximieren will, daß aber für ihn das Ziel die Steuern (als Teil des Gewinns) zu maximieren geradezu unsinnig wäre. Ebenso wie die Produktionsmittel- und Lohnkosten sind auch die Steuern nur eine besondere Form der Kosten, die der Kapitalist minimieren will. Das produzierte Einkommen setzt sich also im Kapitalismus aus dem Lohn als Einkommen der Lohnarbeiter, den Steuern als Einkommen des Staates, und dem Gewinn als Einkommen des Kapitalbesitzers zusammen.

Man kann unter bestimmten Eigentumsverhältnissen (Volkseigentum an den neu produzierten Produkten und den finanziellen Mitteln aus ihrem Verkauf) die neue, letztlich arbeitszeitbestimmte

Preisbildung auch in eine Form bringen, in welcher sie sich von der bisherigen betrieblichen Praxis, von der bisherigen Kostenrechnung und Preiskalkulation, nur wenig unterscheiden würde. Wenn

der Staat den Geldwert  $w_G = \frac{t_{n_{ges}}}{N_{ges}}$  der Volkswirtschaft annähernd konstant hält, dann ist das

Nationaleinkommen  $N_{ges} = \frac{t_{n_{ges}}}{w_G}$  arbeitszeitbestimmt, und damit sind auch die

volkswirtschaftlichen Gesamtkosten  $Y_{ges} = C_{c_{ges}} + N_{ges}$ , die der Summe aller Neuwertteile entsprechen, annähernd arbeitszeitbestimmt. Und damit sind auch die durchschnittlichen betrieblichen Kosten arbeitszeitbestimmt. Man könnte daher die betrieblichen Kosten wie bisher kalkulieren, und der Staat könnte einen einheitlichen Steuer- und Abgabenaufschlag auf die betrieblichen Kosten vorgeben, so daß der Preis nach der Formel  $Y = C_c + C_v + ST$  bestimmt wäre, und diese Non-Profit-Kostenpreisbildung wäre im Mittel arbeitszeitbestimmt, wenn der Staat den marxistisch bestimmten Geldwert konstant halten würde.

Wie dies auf Basis des Volkseigentums und einer bestimmten Volkswirtschaftsplanung möglich wäre, habe ich in meinem Buch "Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft" <sup>2</sup> beschrieben. Eine weitere Erläuterung dieses Wert- und Preisbildungsprinzips findet man im Beitrag "Werttheoretische Überlegungen im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang" in <sup>3</sup>.

Die betrieblichen Kosten wären damit zwar nicht in jedem Einzelfall genau arbeitszeitbestimmt, sondern nur im Durchschnitt, die Einzelkosten könnten mehr oder weniger nach oben oder unten vom arbeitszeitbestimmten Geldbetrag abweichen, und der theoretische Zusammenhang der Kosten mit der Arbeitszeit wäre relativ kompliziert, aber in der Praxis würde sich dadurch die Preisrechnung von der bisherigen Praxis nur wenig unterscheiden, obwohl eine Non-Profit-Preisbildung eingeführt werden würde. Ausführliche Analysen finden sich im Buch "**Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft**", Norderstedt 2006, oder Web-Site <http://www.wolfgang-hoss.com>.

---

<sup>2</sup> Hoss, Wolfgang, Modell einer sozialistischen Marktwirtschaft, Norderstedt 2006

<sup>3</sup> Hoss, Wolfgang in: Müller, Horst, Hrsg., Das Praxis-Konzept im Zentrum gesellschaftskritischer Wissenschaft, S. 229 ff, Norderstedt 2006